

### Fotoindustrie

## Hausfrauen als Spitzel

Eastman-Kodak-Chef George M. C. Fisher weiß nun, warum sein Fotokonzern in Japan seit Jahren ohne Erfolg gegen den Konkurrenten Fuji antritt. Ein Jahr lang hatten sich seine Detektive in Japan umgesehen. Groß- und Einzelhändler, so fanden sie heraus, werden in Japan regelrecht eingeschüchtert, um zu verhindern, daß sie Kodak verkaufen. Marktforschungsfirmen müßten überprüfen, ob Einzelhändler die Filme von Kodak billiger anbieten als die Fuji-Produkte. Armeen von Hausfrauen hätten – als Kundinnen getarnt – die Aufgabe, kleine Händler zu kontrollieren. Kodak-Spürhunde fanden heraus, daß in



Fisher

Japan vier von Fuji hofierte Großhändler das Geschäft fest in der Hand haben, in nur 15 Prozent der Läden sind Kodak-Filme überhaupt zu haben. Walter Stork, der deutsche Vertreter des europäischen Filmherstellers Agfa-Gevaert, kennt die Frust-Erfahrung. Agfa-Filme bei den japanischen Großhändlern unterzubringen sei extrem schwierig. „Die leben unter ständiger Bedrohung.“

### Banken

## Kleiner Grenzverkehr

Die Deutsche Bank Saar steht in dem Verdacht, Inhabern von Tafelpapieren bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben. Nach Hinweisen, die jetzt bei der Saarbrücker Staatsanwaltschaft eingingen, sollen Bankmitarbeiter vermögenden Safe-Kunden einen Weg gewiesen haben, wie sie die Zinserträge steuerfrei kassieren können. Dazu seien die Kunden an eine Filiale des Crédit Industriel d'Alsace et de Lorraine (CIAL) im nahe gelegenen Forbach verwiesen worden. Der CIAL ist mit knapp 24 Prozent an der DB Saar beteiligt. In der Filiale an der Forbacher Rue Nationale erhielten die Kunden aus dem Saarland nach der Aussage eines Insiders ihre Zinsen gegen Vorlage der Kupons ohne den Abschlag von 35 Prozent bar ausgezahlt. Die Zusammenarbeit bei dem kleinen Grenzverkehr sei so weit gegangen, daß die DB Saar dem französischen Institut die anreisenden Kuponkunden telefonisch oder per Fax ankündigte. Der CIAL habe die Kupons in Kartons gesammelt und wieder an die DB Saar zurückgeschickt. Die reichte die Zinsscheine dann bei den Emittenten der Wertpapiere ein. Die Provisionen, die von den Kunden zu zahlen waren, sollen sich beide Institute geteilt haben. Wegen anderer Verdachtsmomente war die DB Saar (Werbeslogan: „Wir sagen Saar und meinen es auch“) bereits Ende Juni durchsucht worden.



Bank CIAL in Forbach

M. E. HOHMANN / COMMA

### Siemens-Nixdorf

## Wende zum Besseren

Siemens-Chef Heinrich von Pierer hat eines der kniffligsten Probleme seiner bisherigen Amtszeit gelöst. Bei der notleidenden Computertochter SNI (Siemens Nixdorf Informationssysteme) zeichnet sich fünf Jahre nach dem Zusammenschluß von Siemens und Nixdorf endlich eine Wende zum Besseren ab. In diesem Geschäftsjahr wird die Firma mit dem Verkauf ihrer PC und Software-Programme voraussicht-

lich erstmals einen Gewinn von rund 60 Millionen Mark erwirtschaften. Damit steigt die Chance, daß sich das Unternehmen langfristig auch ohne Hilfe der Mutter am Markt behaupten kann. Zur Zeit ist das noch nicht der Fall. In diesem Jahr muß der Siemens-Konzern seinen Ableger nach neuesten internen Berechnungen erneut mit etwa 300 Millionen Mark unterstützen. Das Geld wird überwiegend für Sozialpläne und Abfindungen gebraucht. Im Vorjahr mußte die Mutter ihrer Tochter SNI noch ungefähr das Doppelte zuschießen.

### Ladenschluß

## Ifo für Liberalisierung

Beim Streit um die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zeichnet sich ein Kompromiß ab. Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung empfiehlt in einem noch unveröffentlichten Gutachten für Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), die kartellrechtlichen Vorgaben für kleine und mittlere Einzelhändler zu lockern, um so den Widerstand beim Handel gegen Rexrodts Liberalisierungspläne zu verringern. Nach geltendem Recht dürfen Einzelhändler ihre Öffnungszeiten nicht abstimmen und nur in Ausnahmefällen gemeinsam werben und einkaufen. Diese Vorschriften

könnten nach dem Ifo-Vorschlag geändert werden, falls der Handel sich im Gegenzug zu deutlich längeren Öffnungszeiten bereit erklärt. Die sogenannte Korridorlösung lehnen die Experten des Münchner Instituts ab. Da-

nach könnten die Einzelhändler innerhalb einer maximalen Öffnungszeit von 68 Stunden selbst bestimmen, wann sie ihre Läden schließen; sie müssen ihre Geschäfte allerdings um 20 Uhr zumachen. „Größere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind nur bei einer erheblichen Liberalisierung zu erwarten“, heißt es in dem Zwischenbericht, der Minister Rexrodt seit Anfang März vorliegt. Bei einer Ausweitung bloß bis 20 Uhr seien „kaum positive Effekte“ zu erwarten. In jedem Fall werde eine Liberalisierung dazu führen, daß Vollzeit- durch Teilzeitkräfte ersetzt werden.



Einkaufszentrum

PACZENSKY / ZEITUNG